

Kein Platz für Terror – wir gedenken den Opfern vom 2. November 2020

Am 2. November jährt sich das terroristische Attentat, das in ganz Österreich für Fassungslosigkeit gesorgt hat. Vier unschuldige Menschen haben ihr Leben verloren, 22 wurden teils schwer verletzt. Zahlreiche Wienerinnen und Wiener durchlebten eine Nacht in Angst, mussten mitansehen, wie ein radikaler Islamist wahllos auf Menschen schoss. So sehr uns dieses eiskalte Attentat im Moment überrascht hat, so wenig überraschend ist es dann am Ende doch gekommen.

Seit Jahren forciert die rote Stadtregierung eine vollkommen unkontrollierte Zuwanderung. Wer Asyl ruft, dem wird geholfen. Ohne Überprüfung werden Gemeindewohnungen zur Verfügung gestellt, Mindestsicherung ausbezahlt und jedem Kritiker an dieser Praxis Fremdenhass vorgeworfen. Gleichzeitig besuchen hohe SPÖ-Politiker Moscheen, in denen auch radikal-islamistische Prediger gern gesehene Gäste sind.

Der ÖVP-Innenminister Karl Nehammer gibt vor, eine restriktive Zuwanderungspolitik zu fahren und die Grenzen geschlossen zu halten. Während seiner medienwirksamen Auftritte an Grenzbalken strömen anderenorts hunderte Illegale ins Land. Alleine im September wurden in Wien knapp 1000 illegale Migranten aufgegriffen, Tendenz weiter steigend. Neo-Bundeskanzler Alexander Schallenberg, ebenfalls ÖVP, hat in seiner Funktion als Außenminister hunderte Asylbetrüger aus Afghanistan nach Österreich zurückholen lassen.

Das beweist einmal mehr, dass die FPÖ die einzige Partei ist, der die Österreicher am Herzen liegen. Ich will nicht, dass es zu einem erneuten Terroranschlag in Wien kommt, nur weil die Politik der Regierenden auf ganzer Linie versagt! Wir werden weiter gegen die Islamisierung unserer Gesellschaft kämpfen, die aktuell unter dem Deckmantel Asyl rasant voranschreitet.

Das verspricht Euch Euer,



Stadtrat Dominik Nepp
FPÖ-Landesparteiobmann



Wussten Sie, dass ...

... die Zahl der Asylanträge österreichweit zugenommen hat? Allein im August waren es 4.758 Anträge, im Jahr 2020 lediglich 1.477.

(Quelle BMI)

Bleib' auch digital stets informiert

 [instagram.com/fpoe_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoewien](https://www.facebook.com/fpoewien)

 Internet www.fpoe-wien.at



Impressum:
Freiheitliche Partei
Österreichs (FPÖ),
Landesgruppe Wien,
Rathausplatz 8, 1010 Wien,
Erscheinungsort: Wien,
Verlagspostamt: 1010 Wien,
Verlags- und
Herstellungsort: Wien
Österreichische Post AG/SP
05Z036406 S

Die Teuerungswelle rollt – die Stadtregierung schaut tatenlos zu

Das Leben in unserer Stadt wird immer teurer. Neben einem deutlichen Anstieg der Inflation, des Gas-, Öl- sowie Strompreises dreht nun auch die Landesregierung an der Gebührenschaube. Durch das Wiener Valorisierungsgesetz werden die Gebühren für Kanal, Wasser und Müll automatisch angehoben, dadurch muss ein Wiener Haushalt durchschnittlich **30 Euro pro Jahr mehr** zahlen. Der Anstieg der Energiepreise wird das Wohnen um 500 Euro pro Jahr teurer machen. Dabei haben die Miet- und Betriebskosten bereits jetzt horrenden Höhen erreicht. Wer soll sich das noch leisten können? **Die rot-pinke Koalition hätte jedoch die Möglichkeit das zu stoppen.** Seit Jahren fordern wir die Aussetzung des Valorisierungsgesetzes, bzw. die Abschaffung. Zudem muss in Wien wieder der Heizkostenzuschuss eingeführt werden. Für jeden Haushalt, der sich eine warme Wohnung vom Mund absparen muss, soll daher in der Heizsaison wenigstens 100 Euro extra ausbezahlt werden.

Zu dieser Teuerungswelle kommt nun auch noch die Anhebung der ORF-Zwangsgebühren **um acht Prozent** hinzu. Auch hier könnte die Wiener Stadtregierung entlastend eingreifen. Denn von den derzeit 26,33 Euro GIS-Gebühr entfal-

len 5,40 Euro auf die Wiener Landesabgabe, die unmittelbar ins Wiener Landesbudget fließt. In Wien gibt es ca. 800.000 Haushalte, die GIS-Gebühren zahlen. Diese Haushalte würden sich durch die Abschaffung der Landesabgabe 65 Euro pro Jahr ersparen. Dass dies möglich ist, machen andere Bundesländer bereits vor. In Oberösterreich, wo die FPÖ in der Regierung vertreten ist, aber auch in Vorarlberg wird darauf verzichtet.

Ich verspreche: Wir Freiheitliche werden weiterhin alles daransetzen, dass es für die Wienerinnen und Wiener zu finanziellen Entlastungen kommt!

**Euer
Maximilian Krauss**





Schluss mit Sozialleistungen für Islamisten

Die 13-jährige Leonie wurde Opfer eines bestialischen Verbrechens. Bei den mutmaßlichen Tätern handelt es sich um Afghanen im Alter von 16 bzw. 23 Jahren. Der Ältere der beiden lebt in einer Gemeindewohnung, die er bekam, obwohl er keinen legalen Aufenthaltsstatus in Österreich hatte und zudem vorbestraft war.

Vier Menschen starben beim Terroranschlag in Wien am 2. November 2020. 22 wurden teils schwer verletzt. Der Attentäter Kujtim F. lebte in einer Gemeindewohnung in der Donaustadt, die er in Rekordtempo erhalten hat. Er war begeisterter Anhänger der Terrormiliz „Islamischer Staat“ und deswegen bereits vorbestraft.

Von Wartelisten für Gemeindewohnungen unbeeindruckt war auch der gebürtige Bosnier und Hassprediger Mirsad O. Der IS-Propagandist lebte mit seiner Familie in einer Gemeindewohnung, bevor er 2014 zu 20 Jahren Haft verurteilt wurde.

Die, durchaus fragwürdigen Prioritäten der Wiener Sozialdemokratie sind damit offensichtlich: Ehrliche Wiener müssen warten, Islamisten wird der rote Teppich ausgerollt.



Die Wiener FPÖ fordert:

- ⊕ keine Gemeindebauwohnungen für vorbestrafte ausländische Wohnungswerber sowie wegen terroristischer Straftaten rechtskräftig verurteilte Personen, islamistische Gefährder bzw. Hassprediger
- ⊕ die Ausweitung der Agenden von Gemeindebau-Detektiven, um islamistische Gefährder sowie rechtskräftig vorbestrafter Flüchtlinge rechtzeitig zu melden und dadurch die Sicherheit zu erhöhen



*Insgesamt stieg die Zahl der **Bewohner in Wiener Gemeindewohnungen** in den Jahren von 2007 bis 2016 um **7,8%**. Allerdings ist die Zahl der **Bewohner ohne Migrationshintergrund** um **12,8% gesunken**, während ein **deutlicher Anstieg von zugewanderten Bewohnern** zu verzeichnen ist: Bei Bewohnern aus EU-Staaten stieg die Zahl um **11,4%**, bei denjenigen aus **Drittstaaten sogar um 37,2%**.*

Schluss mit den ewigen Autofahrer-Schikanen

Der Trend, in Stadt- und Ortsgebieten flächendeckend Tempo 30 einzuführen, wird nicht nur mit dem Klimaschutz, sondern vor allem auch mit der Verkehrssicherheit argumentiert. Währenddessen haben Radfahrer gerade in Wien offensichtlich Narrenfreiheit. Rote Ampeln scheinen für sie nicht zu gelten, ist eine Einbahn im Weg, weicht man eben auf die Gehsteige aus und Fußgänger, die müssen eben selber darauf achten, wo sie bleiben. Auch E-Scooter machen den Straßenverkehr nicht zwingend sicherer, schon gar nicht für Fußgänger. Mit bis zu 25 km/h brausen sie auf den Straßen und Radwegen, rasches und vor allem unfallfreies Bremsen ist bei diesem Tempo eher ein Glücksspiel als kalkuliert. Und trotzdem sind es immer wieder die Autofahrer, die mit schinakösen Maßnahmen zu rechnen haben.



Die FPÖ vertritt seit vielen Jahren die Meinung, dass Tempo 30 vor Kindergärten, Schulen, Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen oder unübersichtlichen Bereichen durchaus zu begrüßen, eine inflationäre Einrichtung jedoch abzulehnen ist.

Zum Argument des Klimaschutzes muss erwähnt sein, dass die Belastung des CO² Ausstoßes erwiesenermaßen bei Tempo 30 um ein Vielfaches höher ist als bei Tempo 50. Auch das erzwungene „Stop and go“ ist durch den vermehrten Bremsstaub für die Umwelt nicht förderlich. Zudem hat sich das Argument der „gesunden“ E-Mobilität als unhaltbar erwiesen, außer man vertritt die Meinung, dass „der Strom ja eh aus der Steckdose kommt“.

Haben sich Ihre Kontaktdaten geändert?



Dann teilen Sie uns das bitte mit. Damit helfen Sie uns, unsere Datenbank auf dem aktuellsten Stand zu halten.

Die Mitteilung können Sie entweder per Mail an die Landesgeschäftsstelle **lgst.wien@fpoe.at**, telefonisch unter **01/405 75 60** oder postalisch mit dem unteren Abschnitt richten.

Selbstverständlich werden Ihre Daten wie immer vertraulich behandelt und nicht an Dritte weitergegeben.



Ergeht an die
FPÖ-Landesgeschäftsstelle Wien
Rathausplatz 8
1010 Wien

Vor- und Nachname:

Tel.:

Adresse:

E-Mail: